

Kinderarmut vor Ort gemeinsam bekämpfen

Kinderschutzbund wünscht sich gemeinsame Erklärung des Rates

Beim Thema Kinderarmut in Delmenhorst bleibt der Kinderschutzbund am Ball. Er hofft vor Ort weiterhin auf breite Unterstützung zum Wohle der Kinder.

Von Marco Julius

DELMENHORST. Eine parteiübergreifende Erklärung des Rates der Stadt Delmenhorst, die die Wichtigkeit der Bekämpfung der Kinderarmut hervorhebt und konkret die Abschaffung der Kita-Gebühren, die Einführung der absoluten Lehrmittelfreiheit für alle Schulformen und die bedingungslose Kindergrundsicherung fordert, so eine Erklärung wünscht sich der Deutsche Kinderschutzbund Delmenhorst. Auch alle in diesem Bereich

engagierten Verbände und Vereine sollten sich einer solchen Erklärung anschließen, teilt der Vorstand mit.

Zur Erinnerung: Im November vergangenen Jahres hatte sich der Vorstand des hiesigen Kinderschutzbundes mit einem offenen Brief an die Fraktionen des neu gewählten Rates der Stadt gewandt und auf die Kinderarmut in der Stadt hingewiesen (dk berichtete). Anlass war eine Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2015, aus der hervorging, dass hier jedes dritte Kind unter 18 Jahren in einer Familie lebt, die „Hartz IV“ bezieht. Besonders erschreckend für den Kinderschutzbund war dabei unter anderem, dass es bundesweit laut der Studie nur wenige Städte gab, die einen ähnlich hohen Kinderarmutsstand auswie-

sen. „Wir wollten das Thema Kinderarmut in Delmenhorst einer möglichst breiten Öffentlichkeit ins Bewusstsein rufen und erreichen, dass die besorgniserregende Studie nicht als bloßes Zahlenwerk ad acta gelegt wird“, sagt der Vorsitzende Jörg Bernhardt rückblickend und betont: „Mit dem von uns vorgeschlagenen Gremium zur Bekämpfung von Kinderarmut nach dem Vorbild des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Delmenhorst (KPR) sollte ein möglicher Weg aufgezeigt werden, wie man die vorhandenen Kräfte und Kompetenzen unserer Stadt gegen die Kinderarmut zusätzlich bündeln kann. Daran halten wir auch heute noch fest.“

Seit Veröffentlichung des Briefes sei einiges passiert. Bernhardt berichtet etwa

von intensiven Gesprächen mit der Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüsch (CDU) und den beiden Landtagskandidaten Frauke Wöhler (CDU) und Deniz Kurku (SPD). „Auch bei den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und der Verwaltung der Stadt Delmenhorst fanden wir offene Türen“, sagt er. Es gelte jetzt gemeinsam den Blick auf das Machbare zu lenken.

Die SPD Delmenhorst unterstützt den Aufruf des Delmenhorster Kinderschutzbund, sich „Gemeinsam gegen Kinderarmut“ einzusetzen. Sie fordert unter anderem eine bedingungslose Grundsicherung für Kinder. Wichtige Voraussetzung für mehr soziale Gerechtigkeit sei die Beitragsfreiheit für Kitas, teilen die Sozialdemokraten mit.